PRÄAMBEL

Aufgrund des

§ 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.12.1974 (GV.NW. 1975 S. 91/SGV.NW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.07.1978 (GV.NW. S. 290)

§ 2 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Neufassung vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256) in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Neufassung vom 15.09.1977 (BGBl. I S. 1763)

§ 4 der Ersten Verordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zur Durchführung des Bundesbaugesetzes in der Fassung der Dritten Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung vom 21.04.1970 (GV.NW. 1970 S. 299)

§ 103 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen i. d. F. der Bekanntmachung v. 27.1.1979 (GV.NW. S. 96), geändert durch Gesetz v. 15.7.1976 (GV.NW. S. 264)

hat der Rat der Stadt Iserlahn am **19 Febr 1980** die planungsberechtigten und die gestalterischen Festsetzungen dieses Bebauungsplanes als Satzung beschlossen.

FESTSETZUNGEN

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BBauG, die Art der baulichen Nutzung

WR — Reines Wohngebiet gem. § 3 BauNVO

WRa — Die in § 3 Abs. 3 aufgeführten Ausnahmen sind hier gem. § 1 Abs. 5 BauNVO allgemein zulässig.

das Maß der baulichen Nutzung

0,4 — Grundflächenzahl gem. § 19 BauNVO

Die Anwendung des § 21 a Abs. 2 BauNVO wird hier-mit festgesetzt.

(05) — Geschoßflächenzahl gem. § 20 BauNVO

Gem. § 17 Abs. 10 BauNVO sind hier teilweise höhere Werte festgesetzt als nach Abs. 1 Spalte 4 zulässig sind, weil städtebauliche Gründe dies rechtfertigen.

Begrenzungslinie unterschiedlicher Nutzung

I — Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze gem. §§ 16 (2) und 18 BauNVO

Im Bereich, für den als Zahl der Vollgeschosse I festgesetzt ist, können aus städtebaulichen Gründen durch die Hanglage bedingt gem. § 17 Abs. 3 BauNVO Ausnahmen **von ein Geschoß** von der Festsetzung zugelassen werden, wenn die festgesetzte Geschoßflächenzahl nicht überschritten wird.

TH 30 — Traufhöhe bergseitig maximal 3,0 m über der natürlichen bzw. festgelegten Geländeoberfläche.

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BBauG, die Bauweise gem. § 22 BauNVO

o — offene Bauweise

nur Einzelhäuser zulässig

E — Einzel- und Doppelhäuser zulässig

ED — nur Hausgruppen zulässig, Soweit die bebaubaren Flächen dies zulassen, sind gem. § 22 Abs. 4 BauNVO auch Hausgruppen von mehr als 50,0 m Gesamtlänge zulässig, wenn die gem. § 64 Abs. 2 BauONW erforderlichen Stellplätze und Garagen auf den dafür vorgesehenen Flächen in ausreichender Zahl errichtet werden können.

die überbaubaren Grundstücksflächen gem. § 23 BauNVO

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch die festgesetzten Baugrenzen bestimmt.
Für die nicht überbaubaren Grundstücksflächen wird gem. § 12 Abs. 6 in Verbindung mit § 23 Abs. 5 BauNVO festgesetzt, daß hier Garagen nicht und Stellplätze nur ausnahmsweise zulässig sind.

Die Stellung der baulichen Anlagen wird durch die festgesetzte Firstrichtung bestimmt.
Die Stellung der Garagendachkörper wird durch die eingezeichneten Schemata bestimmt.

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 BBauG, Flächen für Garagen und ihre Einfahrten

GGa — Garagengruppen

Einfahrten zu den Garagengruppen

Unter Anwendung des § 12 Abs. 5 BauNVO in Verbindung mit § 9 Abs. 3 BBauG wird hiermit festgesetzt, daß bei den Hausgruppen, die mit diesem ▲ Symbol versehen sind, in Teilen der Erdgeschosses nur Garagen zulässig sind.
Bei den Garagen ist ein Abstand von 5,00 m zur öffentlichen Verkehrsfläche einzuhalten.

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 10 BBauG, die von der Bebauung freizuhaltenden Flächen

Sichtflächen im Einmündungsbereich von Straßen sind in einer Höhe ab 0,60 m über OK Straße von baulichen Anlagen, Einfriedungen, Böschungen und Anpflanzungen freizuhalten.

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BBauG, die Verkehrsflächen

Begrenzungslinie der öffentlichen Verkehrsflächen

öffentliche Verkehrsfläche

Verkehrsfläche ausschließlich für Fußgänger

Verkehrsfläche Fußgängerbereich mit eingeschränktem Fahrrecht für Lieferer und Anliegerverkehr.

P — öffentliche Parkplätze

Verkehrsflächenbegrenzung mit Zu- und Ausfahrtverbot der Anschluß, der hiervon betroffenen Flächen, an die öffentlichen Verkehrsflächen erfolgt über die festgesetzte innere Erschließung »Fußgängerbereich«

Straßenbegleitgrün

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 12 BBauG, die Versorgungsflächen

T — Transformatorenstation

gem. § 13 Abs. 1 Nr. 13 BBauG die Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen,

Hochspannungsfreileitung mit Stahlgittermast

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BBauG, die öffentlichen und privaten Grünflächen

Öffentliche Grünflächen

St — Flächen für Stellplätze gem. § 9 (1) Nr. 4 BBauG innerhalb der öffentlichen Grünflächen und ihre Einfahrten.

Private Grünflächen

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 18 BBauG, die Flächen für die Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Nutzfläche

gem. § 9 Abs. 1 Nr. **21** BBauG, die mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastenden Flächen

mit Kanalleitungsrecht zugunsten der Stadt Iserlahn zu belastende Flächen

mit Leitungsrechten zugunsten der Versorgungsunternehmen zu belastende Flächen

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 22 BBauG, Flächen für Gemeinschaftsanlagen

GGa — Gemeinschaftsgaragen zu den jeweiligen Hausgruppen
Im Bedarfsfall ist die ausnahmsweise Überschreitung der Flächen für Gemeinschaftsanlagen zulässig.

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 BBauG, Flächen mit den Gebot der Anpflanzung

gem. Nr. 25 a, Flächen mit den Gebot zur Anpflanzung großkroniger Bäume heimischer Laubgehölze.

gem. Nr. 25 a, Flächen mit den Gebot zur Anpflanzung heimischer Sträucher

gem. § 9 Abs. 1 Nr. 26 BBauG, Flächen für Aufschüttungen u. Abgrabungen,

soweit sie zur Herstellung der Straßenkörper erforderlich sind.

gem. § 9 Abs. 7 BauG, Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches dieses Bebauungsplanes

Ausnahmen und Befreiungen von diesen Festsetzungen richten sich nach § 31 BBauG.

gem. § 103 BauO NW, Satzung über die Gestaltung baulicher Anlagen

SD 20-30° — Satteldach, im gesamten Planbereich sind auch gegeneinander versetzte Pultdächer zulässig (siehe Schema)

Dachneigung

Dachaufbauten sind nicht zulässig

Bei der Dacheindeckung sind nur dunkelgraue bis schwarze Farbtöne zu verwenden.

Freistehende Garagen und Garagengruppen sind mit Flachdach zu versehen. Die Dachflächen sind mit Rollkies zu beschichten.

Ausnahmen und Befreiungen von den Vorschriften dieser Satzung richten sich nach § 103 Abs. 4 BauO NW.

An den Verkehrsflächen - Fußgängerbereich mit eingeschränktem Fahrrecht - sind gem. § 103 Abs. 1 Nr. 4 BauO NW Einfriedigungen nur aus Holz oder lebenden Hecken bis 0,60 m Höhe über Niveau der Verkehrsflächen zulässig.

Stellplätze und Garageneinfahrten sind dem Material der öffentlichen Verkehrsflächen anzupassen.

1. Änderung nach § 13 BBauG
Ausgenommen hiervon sind die Grundstücke Heetmannstraße 13, 20 bis 22 a und Kampstraße 52.
Gem. § 4 GO NW in Verbindung mit § 10 BBauG als Satzung beschlossen am 18. Nov. 1980
Bürgermeister
Bekanntgemacht am 28. Nov. 1980
Bürgermeister

4. Änderung nach § 13 BBauG
hier: Aufhebung der Festsetzung über die Stellung der baulichen Anlagen auf den Grundstücken.
Gem. § 4 GO NW in Verbindung mit § 10 BBauG als Satzung beschlossen am 25. Sept. 1984.
Bürgermeister
Bekanntgemacht am 19. Okt. 1984
Bürgermeister

Bebauungsplan Nr. 2 (L) »Sonderhorst«

Bebauungsplan Nr. 5 (L) »Westerfeld«

Bebauungsplan Nr. 136/1 (L)

Kampstraße

Wapschledde

Am Buschwald

Am Wunderhügel

Kuhlenstück

Hahang

Vor dem Nickelberg

Öffentliche Grünfläche

Private Grünfläche mit Anpflanzungsgebot

Fläche für die Landwirtschaft

Ärztliche Praxis

zu den Baugrundstücken an der Straße Kuhlenstück

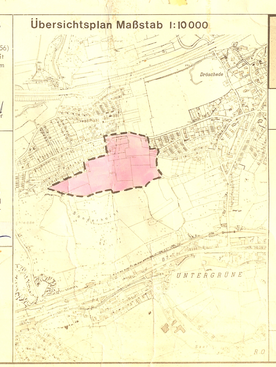
Aufstellung — Bearbeitung
Iserlahn, den 05. Sept. 1979
Der Stadtdirektor
I.V.
Vermessungsamt
Tiefbauamt
Stadtbaurat

Plangrundlage
Die Plangrundlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 19.1.1965 (BGBl. I S. 21).
Die Darstellung der städtebaulichen Planung ist genehmigt/wird/nicht erteilt.
Iserlahn, den 05. Sept. 1979
Stadt. verm. Direktor

Aufstellungsbeschluß
Der Rat der Stadt Iserlahn hat die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. **138** gem. § 2 Abs. 1 BBauG vom 18.8.76 (BGBl. I S. 2256) am **27 Jan. 1976** beschlossen.
Oberstadtdirektor / Ratsmitglied / Schriftführer

Entwurfs- u. Offenlegungsbeschluß
Der Rat der Stadt Iserlahn hat gem. § 2 a, Abs. 6 BBauG v. 18.8.1976 (BGBl. I. S. 2256) den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. **138** mit Begründung und die öffentliche Auslegung am **15. Sept. 1979** beschlossen.
Oberbürgermeister / Ratsmitglied / Schriftführer

Übersichtsplan Maßstab 1:10000



STADT ISERLOHN

BEBAUUNGSPLAN NR. 138

Kuhlenstück

Offenlegung
Der vorliegende Bebauungsplanentwurf und die Begründung haben gem. § 2 a Abs. 6 BBauG v. 18.8. 1976 vom **26 Nov. 1979** bis **28 Dez. 1979** einschließlich öffentlich ausgelegen.
Iserlahn, den **15. Jan. 1980**
Der Stadtdirektor
Stadtbaurat

Satzungsbeschluß
Der Rat der Stadt Iserlahn hat den vorliegenden Bebauungsplan Nr. **138** gem. § 10 BBauG vom 18.8.76 als Satzung und die Gestaltungssatzung gem. § 103 Bau-O NW i. d. F. v. 15.7.76 (GV NW 1976 S. 264) am **19 Feb 1980** beschlossen.
Bürgermeister / Ratsmitglied / Schriftführer

Genehmigung
Dieser Bebauungsplan ist gem. § 11 BBauG in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256) mit Verfügung vom 06.6.1980 Az.: 35.2.1-2.17 genehmigt worden.
Arnsberg, den 06.6.1980
Der Regierungspräsident
Im Auftrag

Bekanntmachung - Inkrafttreten
Die Genehmigungsverfügung der Regierungspräsidenten vom **16.06.1980** Az.: **35.2.1-2.17** Ort und Dauer der Auslegung des genehmigten Bebauungsplanes sowie der Gestaltungssatzung sind gem. § 12 BBauG am **05. 09. 1980** bekannt gemacht worden. Bebauungsplan und Gestaltungssatzung werden am Tage nach der Bekanntmachung rechtsverbindlich.
Iserlahn, den **05.09.80**
Der Bürgermeister

Genehmigung der Gestaltungssatzung
Die § (11) der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung vom 27. 4. 1970 (SGV. NW. S. 232, GV. NW. 1970 S. 225) zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. 7. 1975 (GV. NW. S. 532) tritt ich als zu 15. 10. 1984 von mir der Stadt Iserlahn beschlossene Satzung über die Gestaltungsvorschriften zum Bebauungsplan Nr. 138 "Kuhlenstück" mit Verfügung vom 25. 10. 1984 (Az: Bau/Iserlahn-138/Satz) genehmigt.
Detmold, 25. 10. 1984
Der Präsident des Landesamtes für Agrarordnung
als oberer staatl. Bauaufsichtsbehörde
Im Auftrag

Maßstab 1:500